

KURZ UND BÜNDNIS GRÜN

Ausgabe 28, 22.12.2015

**Liebe bündnisgrüne Mitglieder,
liebe FreundInnen und Interessierte im
Oberbergischen,**

mit eines der international zukunftsweisenden politischen Themen geht das Jahr zu Ende. Auf der UNO—Klimakonferenz in Paris haben sich jüngst alle 196 Länder zum Klimaschutz verpflichtet, damit u.a. die Ederwärmung bis 2020 auf 2 Grad begrenzt wird. Damit dieses Ziel erreicht wird erfordert es ein großes Umdenken, vor allem der politisch Handelnden, vor Ort. Mehr dazu siehe Seite 10-11! Eine Pressemitteilung mit lokalem Bezug zum Weltklimavertrag des Ortsverbandes Engelskirchen findet Ihr auf der Seite 4. In diesem Zusammenhang: „Auch das können wir schaffen Frau Merkel!“

Die Kreisgeschäftsstelle bleibt in den Ferien, in der Zeit vom 23.12.2015 bis 08.01.2016 geschlossen.

In dringenden Fällen könnt Ihr den Vorstand unter der Rufnummer 0 22 62 - 71 28 40 erreichen.

Wir wünschen Euch ein frohes Weihnachtsfest, Zeit um etwas zur Ruhe zu kommen, einen guten Rutsch ins neue Jahr und viel Spaß beim Lesen des Rundbriefs.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Oberberg



KREISVERBAND
Bündnis 90/
Die Grünen Oberberg

Aktuelle grüne Termine:

19.01. 17:00 Uhr

Kreisvorstandssitzung in
der Kreisgeschäftsstelle

19.01. 19:00 Uhr

Kreisausschuss in der
Kreisgeschäftsstelle

10.02. um 14 Uhr

Kreistagsfraktionssit-
zung in der Kreisge-
schäftsstelle

Kölner Str. 296
51645 Gummersbach
Tel.: 0 22 61 - 2 45 40
Fax: 0 22 61 - 2 86 95
[geschaeftsstelle@gruene-
oberberg.de](mailto:geschaeftsstelle@gruene-oberberg.de)
www.gruene-oberberg.de

Bürozeiten:

Mo 09 - 12 Uhr
Di 09 - 12 Uhr
Mi 08 - 11 Uhr
Do 09 - 12 Uhr
Fr nach Absprache

Konrad Gerards,
Kreissprecher
Tel.: 0 22 61 - 7 85 54
Mobil: 0152 - 25 984 991
[konrad.gerards@gruene-
oberberg.de](mailto:konrad.gerards@gruene-oberberg.de)

Redaktionsschluss für den
nächsten Rundbrief:
11.03.16

Diskussion bezüglich Realpolitik und grüne Ideale zum Thema Flüchtlingspolitik mit Mona Neubaur und Robert Zion

Am 30.10. fand die zweite Kreisversammlung des GRÜNEN Kreisverbandes Oberberg in Wiehl statt. Mit prominenten Gästen, Landesvorsitzende Mona Neubaur und Robert Zion, Initiator der Gruppe "Offener Brief an die Partei", wurde über die aktuelle GRÜNE Position in der Flüchtlingspolitik kontrovers debattiert. Ursachen sind neben Bürgerkriege auch die Europäische Politik, die durch Schutzzölle den Absatz von Waren aus anderen nicht EU Ländern unmöglich macht.



v.l.n.r.: Sabine Grützmacher, Konrad Gerards, Robert Zion, Mona Neubaur, Elke Zakaria, Horst Köhlert, Rainer Gottschlich

Robert Zion möchte als Spitzenkandidat die GRÜNEN im Bundestagswahlkampf 2017 führen. Er fordert die Grünen zur Rückbesinnung auf die Grünen Wurzeln. Der Kreisverband Oberberg gab nach einer Abstimmung sein Votum für die Kandidatur von Robert Zion.

Zudem wurden neue Delegierte für die Bundes- und Landesdelegiertenkonferenz gewählt. Auf Bundesebene nehmen Barbara Romanowski und Lothar Winkelhoch an den Delegierten Konferenzen teil. Auf Landesebene entsendet der GRÜNEN Kreisverband Elisabeth Pech - Büttner, Jürgen Körber, Kathrin Hahn-Laudenberg und Michael Braun als Delegierte.

Grünen Frauentreffen

Am 24.10. fand das Treffen der GRÜNEN Frauen im Brauhaus in Gummersbach statt. In lockerer Atmosphäre wurden Erfahrungen ausgetauscht und Themen für das nächste Jahr gesammelt, die die GRÜNEN Frauen aktiv angehen wollen. Alle Frauen waren sich einig, dass der KV Oberberg zwar in vielen Gremien gut mit Frauen besetzt ist, aber aktive Frauenförderung bleibt ein Dauerprozess.



Pressemitteilung: Grüne gegen Geschäftsfelderweiterung der OAG

Die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberberg spricht sich gegen eine geplante Geschäftsfelderweiterung der Oberbergischen Aufbaugesellschaft (OAG) aus.

Die Geschäftsführung der OAG schlägt der Gesellschafterversammlung am 15.12.2015 eine Satzungsänderung zur Geschäftsfelderweiterung u.a. für die Bereiche der Energiegewinnung und Gebäudewirtschaft vor. Hintergrund dieser geplanten Erweiterung der Geschäftsfelder ist die Tatsache, dass die OAG im laufenden und in den zurückliegenden Geschäftsjahren Verluste erwirtschaftet hat.

Die GRÜNEN sind skeptisch, ob diese Maßnahme zur Verbesserung der OAG-Bilanz beiträgt, zumal die neuen Geschäftsfelder steuerpflichtig sind und somit ein möglicher Angebotsvorteil wegfällt. Es steht eher zu befürchten, dass die Jahresfehlbeträge noch steigen und die Rücklagen, aus denen die Fehlbeträge ausgeglichen werden, noch schneller aufgebraucht sind. Sollte dies der Fall sein, so werden die Verluste über die Kreisumlage an die Kommunen weiter gegeben. Daher sollten sich nach Meinung der GRÜNEN die Kommunen als Gesellschafter der OAG auch gut überlegen, ob sie dieser Satzungsänderung zustimmen.

Weiterhin befürchten DIE GRÜNEN, dass die OAG mit ihren neuen Geschäftsfeldern als möglicher Konkurrent zu bestehenden kommunalen Entwicklungsgesellschaften bzw. Energieanbietern auftritt. Darüber hinaus besitzt die OAG in diesen Bereichen bisher weder Kompetenz noch Personal und müsste beides zunächst einkaufen.

Aus Sicht der Grünen wäre es sinnvoller, wenn die Kommunen entweder selbst in diesen Bereichen Aktivitäten entwickeln (evtl. in interkommunaler Zusammenarbeit mit einer oder mehreren Nachbarkommunen) oder z.B. auf die Energieunternehmen (z.B. AggerEnergie; Stadtwerke), an denen sie beteiligt sind, einwirken, damit solche Aufgaben von diesen wahrgenommen werden. Wenn die Aufgabe der OAG, deren Hauptzweck in der Vergangenheit die Entwicklung neuer Gewerbeflächen war, erfüllt ist, sollte ernsthaft über eine geordnete Abwicklung der OAG nachgedacht werden.

Jürgen Grafflage, der Vertreter der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberberg, hat im Aufsichtsrat der OAG gegen die geplante Geschäftsfelderweiterung gestimmt.

Weitere Informationen über die Arbeit der Kreistagsfraktion, Anträge und Anfragen findet Ihr unter :

<http://gruene-oberberg.de/antraege/>

<http://gruene-oberberg.de/anfragen/>

OV Engelskirchen

CDU und SPD sollen sich endlich auch gegen die geplante Verkaufsförderungsanlage für klimaschädliche SUVs in Ehreshoven aussprechen

In Paris haben sich die Staaten der Welt auf das Ziel der 1.5 Grad Erderwärmung geeinigt. Greenpeace spricht von einem „Wendepunkt“. Die Industrieländer sollen die Führung zur Erreichung dieses Ziels übernehmen und alle 5 Jahre Pläne vorlegen, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Klar ist, dass in allen Bereichen der fossilen Energienutzung, wie im Autoverkehr, eine Trendwende zu niedrigerem Verbrauch notwendig ist.

In Ehreshoven droht mit der geplanten Fahrzeugschulungsstrecke – der Begriff Off-Road – Strecke wird vom Betreiber nicht mehr verwendet- die Etablierung eines Verkaufsförderungsanzentrums für klimaschädliche SUVs. Dies besteht aus Schloss, EcoLut-Center, Kommende, Gut Forkscheid und eben der sogenannten Fahrzeugschulungsstrecke, die sich jetzt im Bauleitverfahren befindet. Argumente, von Grünen und NABU vorgebracht, dass man die verhängnisvolle Ausbreitung der SUVs, die im Schnitt gegenüber normalen Fahrzeugen mehr CO2 ausstoßen, nicht noch durch Präsentationen der Autoindustrie für den weltweiten Markt bei uns unterstützen dürfe, haben CDU und SPD bislang abgeblockt. Man ging einfach nicht auf die vorgebrachten Argumente ein.

Klar ist, dass man den prognostizierten Trend von 547 339 Erstzulassungen in Deutschland im Jahr 2014 auf etwa 900 000 in 2020 (Prof. Ferdinand Dudenhöffer) nicht allein in Ehreshoven stoppen kann. Klar ist aber auch, dass es keinen guten Grund gibt, das gegenwärtige Landschaftsschutzgebiet in Ehreshoven für eine Verkaufsförderungsanlage für klimaschädliche SUVs zur Verfügung zu stellen. Es geht dabei nicht zuerst um die Emissionen der Fahrzeuge, für die an 50 Tagen im Jahr das Gebiet für Erholungssuchende abgesperrt werden soll, sondern um die Propaganda der Autoindustrie mit diesen Autos.

Bilder von SUVs im Wald von Ehreshoven wird man dann in der Presse bis nach China sehen können. Die Bereitstellung der Strecke für öffentliche Einrichtungen wie Rettungsdienste, GSG 9 und andere dient lediglich der Ermöglichung des Hauptgeschäfts und soll ein öffentliches Interesse vorspielen.

Harry Cremer, Sprecher des Ortsverbandes der Grünen in Engelskirchen:
„Wir wollen weiterhin ein Landschaftsschutzgebiet für Mensch und Natur statt ein Sperrgebiet für die Propagierung eines klimaschädlichen Lebensstils. CDU und SPD sollen das Bauleitverfahren stoppen. Der Weltklimavertrag verpflichtet uns zu konsequentem Handeln vor Ort.“

Der Vorstand des Ortsverbands Engelskirchen

Engelskirchen ist die erste Kommune im Oberbergischen, die sich gegen TTIP, CETA und TiSA positioniert

Auf Antrag des BUNDes für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND-Kreisgruppe Oberbergischer Kreis hat der Gemeinderat von Engelskirchen am 30.09.2015 mit Unterstützung der GRÜNEN Fraktion den [Beschluss](#) zur Ablehnung von TTIP, CETA und TiSA verabschiedet. Die CDU stimmte dagegen, was zu einem knappen Ergebnis von 14 Dafür-Stimmen und 13 Stimmen gegen den Beschluss führte. Beschluss:

<http://www.engelskirchen.de/allris/to020.asp?TOLFDNR=11886>

300 Kommunen mit TTIP- kritischen Resolutionen

Die geplanten Freihandelsverträge der EU mit den USA und Kanada stoßen auch auf kommunaler Ebene zunehmend auf Widerstand: Allein in Deutschland haben inzwischen mehr als 300 Städte, Gemeinden und Landkreise kritische Stellungnahmen zu TTIP, CETA und dem Dienstleistungsabkommen TiSA verabschiedet – darunter elf Landeshauptstädte sowie die Millionenstädte Köln und München.



Auch in anderen europäischen Ländern wehrt sich die Kommunalpolitik gegen den Freihandel. In Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Holland, Italien, Österreich, Schweden und Spanien werden TTIP-kritische Resolutionen in die Kommunalparlamente eingebracht bzw. wurden bereits verabschiedet.

10.000 Kommunen TTIP-frei! Unter diesem Motto unterstützt Attac Bürgerinnen und Bürger dabei, sich für die kommunale Selbstverwaltung und gegen das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) stark zu machen. Ob beim Theater, der Volkshochschule, der Jugendhilfe, der Wasserversorgung oder bei den Sparkassen – TTIP hätte weitreichende Auswirkungen auf die Städte und Gemeinden und gefährdet die kommunale Selbstverwaltung. Der Privatisierungsdruck droht massiv zunehmen.

TTIP kann verändern, welche Dienstleistungen Kommunen weiter selbst erbringen dürfen und welche sie in einem internationalen Wettbewerbsverfahren ausschreiben müssen. So hat die EU in ihrem Verhandlungsmandat für TTIP festgelegt, dass nur wenige öffentliche Dienstleistungen wie Justiz, Polizei oder der Strafvollzug von einer Liberalisierung ausgenommen werden sollen, nicht aber Bildung, Kultur, Wasser und Abwasser. Gerade die Privatisierung der Wasserversorgung könnte so durch die Hintertür erzwungen werden. Auch im Abkommen festgelegte Investitionsschutzregelungen können die Entscheidungsfreiheit der Kommunen weiter einschränken, da diese – etwa im Fall von Umweltauflagen – Schadensersatzansprüche von Unternehmen befürchten müssen.

"Man kann nicht die ganze Welt als angewandte Betriebswirtschaft betrachten. Es gibt Dinge, die so grundlegend sind, dass sie weit mehr als eine Ware sind", stellt Norbert Baumgarten von der [TTIP-Kampagne des Attac-Netzwerks](#) fest. "Dazu gehört die kommunale Daseinsvorsorge mit sauberem Trinkwasser, mit Kindergärten, Schulen, mit Nahverkehr und Kulturangeboten."

Ähnlich negative Auswirkungen wie TTIP kann auch das bereits verhandelte Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada CETA, sowie das geplante plurilaterale Dienstleistungsabkommen TiSA haben.

Verschiedene kommunale Spitzenverbände – darunter der Deutsche Städtetag – warnen bereits vor TTIP und den anderen Abkommen. Auch einige kommunale Gremien haben kritische Stellungnahmen verabschiedet, darunter Bremen, Erkrath, Fürth, der Kreis Groß-Gerau, Marburg, Kassel, der Main-Kinzig-Kreis, der Oder-Spree-Kreis, Oldenburg, Potsdam und der Landkreis Roth. Lokale Attac-Gruppen sind in vielen weiteren Kommunen aktiv, um dort ebenfalls eine Auseinandersetzung mit TTIP anzuregen. Vorbild für die Kampagne "10.000 Kommunen TTIP-frei" ist Frankreich, wo sich bereits zahlreiche Kommunen und Regionen gegen das Abkommen positioniert haben.

Auf der Webseite www.attac.de/TTIP-in-Kommunen veröffentlicht Attac kritische Stellungnahmen von kommunalen Gremien zu TTIP. Die Projektgruppe bittet darum, entsprechende Beschlüsse an die E-Mailadresse ttip@attac.de zu senden.

Der **OV Gummersbach** hat in diesem Jahr einen der Delegierten des KV Oberberg zur BDK nach Halle entsandt. Der OV Sprecher F. Lothar Winkelhoch hat eine etwas enttäuschende Meinung dieses Parteitages mit nach Hause gebracht: viele Parteimitglieder sind mit der Kursrichtung der Parteispitze hin zu Schwarz/Grün im Bund nicht einverstanden. Es gab viel unterschwelliges Gemurmel darüber – außerhalb der offiziellen Abläufe. Und dennoch haben die meisten Delegierten manch einem umstrittenen Antrag zugestimmt, der nach Meinung von Lothar nicht mehr die Ideale der Partei widerspiegelte.

Am Rande der BDK kam es jedoch zu interessanten Gesprächen und es besteht die Möglichkeit etwa Johannes Remmel zu einer Veranstaltung des KV ins Oberbergische einzuladen. Das Thema und weitere Details müssen noch festgelegt werden.

==

Nach wie vor sammelt der OV Gummersbach alles was nach Taschen oder Koffern aussieht. Fast wöchentlich bringt der OV eine Wagenladung davon an eine der Erstunterkünfte. Die Nachfrage und somit der Bedarf besteht permanent weiter.

==

In der Flüchtlingsarbeit insgesamt entwickelt sich nun doch eine Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Integrationszentrum (KIZ). Dabei geht es um Intergration und um einen Leitfaden, der aufzeigen soll, was sinnvoll von der Kommunalpolitik getan werden kann um die Integration zu fördern.

==

Der OV Gummersbach war Gastgeber eines Infostandes zum Thema „Klimawandel“, der von den OV's Wipperfürth, Wiehl, Nümbrecht und Gummersbach unter tatkräftiger Mithilfe von Arzu / KGS organisiert wurde.

==

Das Weihnachtessen des OV Gummersbach wird in gemütlichem Rahmen in einem --- indischen Restaurant in Vollmerhausen zusammen eingenommen werden.

Gummersbach, 2015-12-16

F. Lothar Winkelhoch

Haushaltsrede Bündnis90/Die Grünen Morsbach

Angelika Vogel
Fraktionsvorsitzende
Böcklingen 3
51597 Morsbach

Dezember 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Mit Taten sei ein Leben erfüllt, nicht mit untätigen Jahren“ (Ovid)

Dieses Zitat möchten wir GRÜNEN unseren Kommentar zum Haushaltsplan 2016 voranstellen.

Morsbach attraktiv mitzugestalten, daran arbeiten wir GRÜNEN seit über 25 Jahren. Sicher waren wir für viele nicht immer bequem, aber wir können heute mit Stolz darauf hinweisen, dass mit unserem Gestaltungswillen, aber auch konstruktiver Kritik, Morsbach heute eine lebens- und liebenswerte Gemeinde ist.

Mit Bürgermeister Jörg Bukowski ist neuer Schwung in unsere Gemeinde gekommen, und die Ergebnisse der letzten 7 Jahre können sich sehen lassen.

Eine zukunftsweisende Gemeindeentwicklung umfasst unterschiedliche Bereiche. Durch das Integrierte Handlungskonzept (IHK) soll unser Zentralort sowie Lichtenberg und evtl. auch Holpe den Zukunftsanforderungen gerecht werden. Hier werden Millionen investiert auch mit Hilfe des Landes NRW.

Der Schulstandort Morsbach ist attraktiv und wir sind zuversichtlich, dass Morsbach eine „Oberstufe“ bekommt, dafür setzen wir uns mit aller Kraft ein. Auch hier wieder unser Appell an alle Eltern: „Schicken Sie ihr Kind auf unsere Gemeinschaftsschule, denn nur Sie entscheiden, ob wir eine Oberstufe einrichten können!“

Durch die Schulhofgestaltung und baulichen Veränderungen am Schulgebäude wird die Attraktivität unserer Schule ebenfalls sehr verbessert.

Straßen- und Brückensanierungen sollten allerdings unserer Meinung nach nur sehr maßvoll vorgenommen werden, hier könnten Straßen und Brücken, die fast nie benutzt werden, für den Fahrzeugverkehr gesperrt werden. Es wären sicherlich mehrere hunderttausend Euro zu sparen!

Im letzten Jahr sind sehr viele Flüchtlinge nach Morsbach gekommen. Bis heute konnte ausreichend Wohnraum sichergestellt werden. Eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen fördert die Integration der Menschen. Bis jetzt stellen Morsbacher Bürgerinnen und Bürger genug Wohnraum zur Verfügung, das freut uns GRÜNE sehr. Nicht nur unsere Wirtschaft braucht dringend Arbeitskräfte, auch die kulturelle Vielfalt ist eine Bereicherung für unseren Ort. Land und Bund übernehmen nun auch die Kosten zu 100%. Eine richtige Entscheidung, wie wir meinen. Aufgrund unseres Antrags konnte ein Sozialarbeiter im Flüchtlingsbereich eingestellt werden. Insgesamt wurden im Sozialbereich mehrere neue Stellen geschaffen. Vor allem durch das Engagement vieler ehrenamtlich Helfender ist die Betreuung der Flüchtlinge bis jetzt gewährleistet. —>

Im Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung wird seit dem letzten Jahr mit allen Parteien konstruktiv an Sparmöglichkeiten im kommunalen Haushalt gearbeitet. Die Erhöhung der Grundsteuer B von 495 % auf 505 % Punkte im Jahr 2016 wurde von allen Parteien unterstützt. Umso erstaunter sind wir nun, dass CDU und SPD davon nichts mehr wissen wollen. Im Kreisdurchschnitt beträgt die Grundsteuer B 650% Punkte, in Bergneustadt satte 1200 % Punkte, davon sind wir noch meilenweit entfernt. Um Defizite abzubauen und unseren Kindern keine überschuldete Gemeinde zu hinterlassen, müssen wir doch alle an einem Schuldenabbau interessiert sein.

Seit Jahren setzen wir GRÜNEN uns für Kostenreduzierungen im Kreis ein, leider immer noch erfolglos. Es wundert uns immer noch, dass die CDU dort alle Erhöhungen mitträgt, aber die in der Gemeinde erforderlichen Erhöhungen ablehnt, in der Vergangenheit oft die gleiche Person. Im Naturschutzbereich fordern wir schon seit langem, dass keine unnötige Mähungen vorgenommen werden, außerdem fordern wir GRÜNEN ein Verbot für den Einsatz des Umweltgiftes Glyphosat auf gemeindeeigenen Flächen, das leider bis heute noch zum Einsatz kommt.

TTIP (Transatlantisches Freihandelsabkommen), CETA und TiSA greifen auch in Morsbach massiv in unsere Selbstverwaltung ein. Treten diese Freihandelsabkommen in Kraft, müssen alle Ausschreibungen weltweit erfolgen, das führt für die eigene Wirtschaft zu betriebswirtschaftlichen Nachteilen, da man sich vor weltweiter Konkurrenz nicht schützen kann. Die Folge ist eine Schwächung des heimischen Marktes.

Eine Zusammenlegung der Gemeindebücherei mit der Schulbücherei ist aus unserer Sicht dringend geboten. Vor allem deshalb, weil die Bücherei kaum noch genutzt wird und wir die Räume dringend für Vereine, Initiativen, das „Repair Café“, den „Weitblick“, die Bürgerhilfe Asyl und vieles andere benötigen.

Jeder größere Ort in unserer Gemeinde hat ein Dorfgemeinschaftshaus, nur der Zentralort hat kein Bürgerzentrum. Mit der Zusammenlegung der Schulbücherei und der öffentlichen Bücherei könnten die Öffnungszeiten erhöht werden und die Schule und Kindergärten hätte zusätzliche Möglichkeiten der Benutzung im Vormittagsbereich.

Wir danken der Verwaltung für die vorbildliche Erstellung des Haushaltsplanes 2016 besonders dem Kämmerer Herrn Neuhoff sowie unserem Bürgermeister Jörg Bukowski für sein Engagement für unsere Gemeinde.

Besonders aber danken wir den vielen ehrenamtlich Tätigen, sei es bei der Feuerwehr, im Naturschutz, der Flüchtlingsarbeit, in der Kinder – und Jugendarbeit und in der Seniorenbetreuung.

Wir GRÜNEN werden dem Haushalt 2016 zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass wir alle auf dem richtigen Weg sind, um Morsbach immer attraktiver zu gestalten.

Abschließend ein Zitat von F. Nietzsche
„Alle gut verfolgten Dinge hatten bisher Erfolg“

Angelika Vogel
Fraktionsvorsitzende
Bündnis90/DIE GRÜNEN Morsbach
angelika.vogel.morsbach@t-online.de

Anträge der Morsbacher GRÜNEN unter: <http://www.gruene-morsbach.de/antraege>



Wibke Brems

Sprecherin für Klimaschutz- und Energiepolitik



Newsletter Klimaschutz und Energiepolitik Dezember 2015

Liebe Klimaschutz- und Energieinteressierte,

der Begriff „historisch“ wird oft vorschnell verwendet, doch das Ergebnis des Pariser Klimagipfels COP21 kann tatsächlich ein Meilenstein für den Klimaschutz sein. So viele Staaten wie nie zuvor nahmen teil und formulierten weitreichendere Ziele als je zuvor. Ein starkes Signal also und ein Aufbruch. Doch mitnichten ist damit alles geregelt und der Klimawandel gestoppt. Die Staaten sind nun gefordert, sich eine Roadmap zu geben, wie sie jeweils die gesetzten Ziele zur Treibhausgasminde- rung erreichen wollen, und diese auch umzusetzen – hierin liegt die wirkliche Herausfor- derung der Zukunft.

In NRW sind wir da schon ein ganzes Stück weiter. Unsere Roadmap heißt Klima- schutzplan und genau den haben wir gestern im Landtag beschlossen. Es hätte kaum einen besseren Zeitpunkt geben können. So ist unser Klimaschutzplan eine Blaupause für all die nationalen und regionalen Klimaschutzpläne, die nun aus dem Pariser Abkommen resultieren müssen.

Diese und weitere Themen finden sich in meinem letzten Newsletter im Jahr 2015. Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern glückliche Festtage im Kreise ihrer liebs- ten Menschen und das Beste für das kommende Jahr.

Aktuelles aus Paris

Die Chance, die der Verhandlungserfolg von Paris eröffnet, erfordert von uns ver- stärkte Bemühungen für mehr Klimaschutz. Viele Beobachter*innen bewerten die Ergebnisse der „21. Konferenz der Vertragsparteien der Klimarahmenkonvention“ in Paris vom 12. Dezember 2015 als historisch. 195 Teilnehmerstaaten haben sich erstmals verpflichtet, in einer gemeinsamen Anstrengung den Anstieg der weltwei- ten Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 Grad Celsius gegenüber dem vor- industriellen Niveau zu halten. Ziel ist es dabei, im Jahr 2050 die Treibhausgas- emissionen auf null zu reduzieren. Ich ordne das Ergebnis der Weltklimakonferenz [auf meiner Internetseite](#) ein.

Weitere interessante Bewertungen sind hier zu finden:

Annalena Baerbock MdB: [Klimagipfel-Bilanz: Kohleausstieg einleiten](#)

Agora Energiewende: [Pariser Abkommen verlangt von Deutschland einen Dekarbo- nisierungsfahrplan 2030](#)

Germanwatch: [Paris: Startpunkt einer neuen Ära in der Klima- und Energiepolitik](#) 10



Wibke Brems

Sprecherin für Klimaschutz- und Energiepolitik



Aktuelles aus NRW

Frisch verabschiedet: Der Klimaschutzplan NRW

Unser Klimaschutzplan weist den Weg, wie wir unsere Ziele des Klimaschutzgesetzes erreichen. Unter breiter Beteiligung aller relevanten Gruppen – von der Industrie, übers Handwerk und bis zur Zivilgesellschaft – haben wir eine umfassende Roadmap beschlossen, die alle Bereiche abdeckt, die es zu berücksichtigen gilt – ob Erneuerbare Energien, KWK, Speichertechnologien, den Beitrag der Industrie, Energieeffizienz und energetische Sanierung, klimaneutrale Mobilität oder die Vorbildfunktion des Landtags. Neben dem Schutz des Klimas berücksichtigt der Klimaschutzplan NRW auch die Anpassung an den Klimawandel. Schon jetzt sind erste Auswirkungen auf NRW zu beobachten. Es ist daher wichtig, unsere Wälder, die Landwirtschaft, Infrastruktur sowie Städte für den Klimawandel fit zu machen.

Klimaschutz kann nur gemeinsam gelingen. Der Klimaschutzplan beinhaltet über 200 Strategien und Maßnahmen für eine Vielzahl von Bereichen, unter anderem auch Hilfestellungen für kommunalen Klimaschutz. Denn klar ist: Weder das Abkommen in Paris noch der Klimaschutzplan NRW können das Handeln auf kommunaler Ebene ersetzen.

Weiterführende Informationen zum Klimaschutzplan NRW:

[Klimaschutzplan des Landes NRW auf der Webseite des Klimaschutzministeriums](#)

Auf der Webseite der GRÜNEN Landtagsfraktion:

[Mein Redebeitrag zur Debatte des Klimaschutzplans](#)

[Meine Pressemitteilung zur Verabschiedung des Klimaschutzplans](#)

Auf meiner Webseite:

[Informationen zum Klimaschutzplan NRW](#) [Informationen zum Klimaschutzplan NRW](#)

[Informationen zur Klimafolgenanpassung in NRW](#)

Mein Redebeitrag: „COP21 in Paris – Wir sind es den Kindern schuldig“

Bereits in der Plenarsitzung am 2. Dezember befasste sich der Landtag NRW mit der Klimakonferenz in Paris. In meinem Redebeitrag habe ich darauf hingewiesen, dass die Kinder von heute ein Recht darauf haben, dass wir, die heute politisch Verantwortlichen, alles dafür tun, dass der Klimawandel abgemildert wird und wir das Zwei-Grad-Ziel erreichen. In 30 Jahren wird mein Patenkind Emma etwa so alt sein, wie ich es heute bin. Ich will, dass sie uns dann nicht vorwirft: „Ihr habt vom Klimawandel gewusst und nicht genug getan!“

Mein Redebeitrag zur Unterrichtung der Landesregierung im Vorfeld zu COP21 ist [hier zu sehen](#).

Einladung zum 6. Runden Tisch gegen Massentierhaltung in NRW

„Hinsichtlich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes sollten eindeutiger Begriffsverwendungen im Bereich der Lebensmittelkennzeichnung zur Vermeidung von Irreführung der Verbraucher festgelegt werden. (...) Eine erweiterte und für die Verbraucher verständlichere Festlegung der Qualitätshinweise ist eine wichtige Voraussetzung zur Produktdifferenzierung auch als Mittel zur Erhöhung des Tierwohls.“ (aus dem Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“)



Norwich Rübe

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Naturschutz- und Landwirtschaftspolitik



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

ich lade Sie/Euch herzlich ein zum

6. Runden Tisch gegen Massentierhaltung in NRW

am Freitag, den 4.3.2016 von 16 - 20 Uhr im Düsseldorfer Landtag, Raum E1 A16

Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik beim BMEL hat im März 2015 sein Gutachten „*Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung*“ vorgelegt. Das obige Zitat stammt daraus. Im Gutachten werden neun Leitlinien für eine zukunftsfähige und gesellschaftlich akzeptierte Tierhaltung empfohlen:

- Zugang aller Nutztiere zu vorzugsweise Außenklima
- Angebot unterschiedlicher Funktionsbereiche mit verschiedenen Bodenbelägen
- Angebot von Einrichtungen, Stoffen und Reizen zur artgemäßen Beschäftigung, Nahrungsaufnahme und Körperpflege
- Ausreichend Platz
- Verzicht auf Amputationen
- Routinemäßige betriebliche Eigenkontrollen anhand tierbezogener Tierwohlintikatoren
- Deutlich reduzierter Arzneimiteinsatz
- Verbesserter Bildungs-, Kenntnis- und Motivationsstand der im Tierbereich arbeitenden Personen
- stärkere Berücksichtigung funktionaler Merkmale in der Zucht

Auch zur Frage, wie diese Verbesserungen in der Tierhaltung umzusetzen sind, hat der Beirat konkrete Vorschläge gemacht – zum Beispiel über eine Umwidmung der europäischen Agrargelder. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Empfehlungen des Beirates fast immer die weitere Entwicklung der Landwirtschaft beeinflusst haben. Dieses Gutachten könnte insofern eine Richtschnur für den Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung sein, so dass sich eine intensive Auseinandersetzung damit lohnt! Wir laden Sie/Euch herzlich ein zur ausführlichen Vorstellung und Diskussion des Gutachtens mit

Friedrich Ostendorff MdB, Landwirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen im Deutschen Bundestag und Bio-Bauer aus Bergkamen

Wir freuen uns sehr, dass Friedrich zu uns in den Landtag kommen wird und erhoffen uns mit Ihnen/Euch eine rege und anregende Diskussion zur Zukunft der nachhaltigen Nutztierhaltung.

Anmeldung ist wie immer erbeten an stefan.schweers@landtag.nrw.de. Bei einer Anreise mit dem PKW besteht eine Parkmöglichkeit in der Tiefgarage des Landtags. Dafür benötigen wir bei der Anmeldung zusätzlich das amtliche PKW-Kennzeichen.

Für inhaltliche Fragen stehen Ihnen/Euch Christine Zechner als wissenschaftliche Mitarbeiterin für den Bereich (christine.zechner@landtag.nrw.de) und ich vorab gerne zur Verfügung.

Mit grünen Grüßen
Norwich Rübe

**Einladung Kommunalpoliti-
scher Ratschlag Sozialpolitik
Inklusionsstärkungsgesetz
sowie Reform der Einglieder-
ungshilfe in einem neuen
Bundesteilhabegesetz**



Liebe Freundinnen und Freunde,

zum Auftakt im Neuen Jahr wollen wir Euch über neue Entwicklungen informieren und uns mit Euch darüber austauschen. In NRW ist das Inklusionsstärkungsgesetz im Parlamentarischen Verfahren. Ein öffentlicher Anhörungstermin ist nun für den 11. Januar 2016 angesetzt. Informationen dazu, eine Einladung, eingegangene Stellungnahmen etc. finden sich unter: <http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB/II.1/Ausschuesse/A01 - Ausschuss fuer Arbeit Gesundheit und Soziales/Anhoerungen.jsp>). Das Gesetz soll aller Voraussicht nach noch im Frühjahr 2016 verabschiedet werden. Der Bund plant eine Reform der Eingliederungshilfe mittels eines Bundesteilhabegesetzes. Die bundesweite Arbeitsgruppe hat ihre Vorarbeiten dazu abgeschlossen. Die Ergebnisse finden sich unter http://www.gemeinsam-einfach-machen.de/BRK/DE/StdS/Bundesteilhabegesetz/bundesteilhabegesetz_node.html. Auch hier wollen wir Euch über den Stand und über mögliche Konsequenzen informieren. Deshalb laden wir Euch herzlich ein zu unserem

**Kommunalpolitischen Ratschlag Sozialpolitik
am Freitag, 22. Januar 2016, 15-17 Uhr in den Landtag, Raum E1 D06**

Bitte meldet Euch bei martina.lilla@landtag.nrw.de an. Teilt bitte bis zum 12. Januar 2016 mit, ob Ihr Unterstützungsbedarf habt.

Inhaltliche Rückfragen bitte an Harald Wölter, wissenschaftlicher Mitarbeiter, unter harald.woelter@landtag.nrw.de.

Sollte die Anreise mit dem Kfz erfolgen, benötigen wir für die Anmeldung bei der Landtaggarage auch ein Kfz-Kennzeichen. Die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln vom Düsseldorfer Hauptbahnhof ist mit folgenden Straßenbahnen möglich: 704, 709, 719 (Richtung Südfriedhof bzw. Neuss bzw. Polizeipräsidium – Haltestelle Landtag/Kniebrücke). Bis dahin wünschen wir eine schöne Adventszeit, wunderbare Feiertage und einen guten Übergang in ein hoffentlich friedlicheres Jahr 2016.

Viele Grüße

Manuela Grochowiak-Schmieding MdL

Wirtschaftskongress am 23. Januar

Beim Wirtschaftskongress Chancen für Grüne Wirtschaft am 23. Januar 2016 im Wissenschaftspark Gelsenkirchen (www.wipage.de) geht es um nachhaltiges Leben und Wirtschaften in NRW. Mit prominenten Gästen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wollen wir zeigen, dass Grüne Wirtschaftspolitik die Chancen nachhaltiger Wirtschaft fördern kann und muss. Es soll um konkrete Lösungen gehen, ohne Probleme zu verschweigen.

Diskutiert wird in folgenden Themenforen:

Industrie 4.0

Ökologische Finanzreform/Preiswahrheit

Chancen und Risiken der Sharing Economy

Energiewirtschaft

Finanzierung für Gründungen und Start-ups

Solidarische Wirtschaft und soziales Unternehmertum



Das detaillierte Programm findet sich hier: [PROGRAMM Kongress Chancen für Grüne Wirtschaft](#)

Jetzt für den Wirtschaftskongress „Chancen für Grüne Wirtschaft“ anmelden:

[ANMELDUNG](#)

unter: <http://wirtschaft.gruene-nrw-lag.de/anmeldung-wirtschaftskongress-2016/>

2016 wird das Jahr der Inhalte!



Im [Januar starten wir unseren Programmprozess](#), um im Dezember ein [GRÜNES Landtagswahlprogramm](#) zu verabschieden.

Dafür sind wir GRÜNE auf deine Ideen, deine Visionen und deinen Mut angewiesen. Noch mehr als in der Vergangenheit wollen wir den Blick aus der Grünen Blase heraus suchen und mit gesellschaftlichen Akteur*innen ins Gespräch kommen.

Ich wünsche dir eine erholsame Weihnachtspause und dann: **Entwerfen wir gemeinsam das NRW der Zukunft!**

Am 30. Januar wollen wir mit Euch den GRÜNEN Programmprozess starten. Es erwartet Euch ein Tag voller spannender Impulse und Debatten. Wir wollen die Dinge querdenken und eine inspirierende Grundlage für den weiteren Programmprozess schaffen.

10:30 Uhr bis 17:00 Uhr, Industriemuseum, Hansastrasse 18, Oberhausen

Wir entwerfen das NRW der Zukunft

Für diesen Prozess sind wir auf eure Ideen, eure Visionen und euren Mut angewiesen. Noch mehr als in der Vergangenheit wollen wir jedoch den Blick aus der Grünen Blase heraus suchen und mit gesellschaftlichen Akteur*innen ins Gespräch kommen: Von Verbänden und NGOs über Unternehmen bis hin zu ausgewählten Persönlichkeiten und Multiplikator*innen. Wir wollen nicht nur im eigenen Saft schmoren, sondern ganz gezielt auch kontroverse Themen behandeln. Wir sind bereit, festgefahrene Ansichten einmal gründlich „quer zu bürsten“ und mit Menschen zu diskutieren, die nicht von Beginn an unsere Auffassungen teilen. Nur so kommen wir weiter.

Denkzellen – deine Idee für NRW

In den Denkzellen wollen wir den Blick aus der Grünen Blase heraus suchen und den Raum bieten, eure Idee für Nordrhein-Westfalen vorzustellen und vielleicht diskutieren zu lassen. Jede Denkhalle dauert dabei 75 Minuten. **Zu Beginn werden fünf Ideen in jeweils maximal fünf Minuten präsentiert.** Danach entscheiden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, über welche Idee sie die verbleibende Zeit diskutieren wollen.

Wir freuen uns darauf, gemeinsam mit euch in Richtung Zukunft zu denken!

Mehr unter : https://gruene-nrw.de/termin/auf-die-plaetze-mutig-los/?pk_campaign=greenmail



**Sigrid Beer
Mehrdad Mostofizadeh**

Save the Date:

**Wir alle sind NRW!
Migration. Heimat. Vielfalt.**

**Integrationspolitischer Kongress der Grünen Fraktion im Landtag NRW am
Samstag, 20. Februar 2016, 10 bis 17 Uhr im Plenarsaal**

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

Nordrhein-Westfalen ist Einwanderungsland. Wir Menschen zwischen Rhein und Weser haben lange Erfahrungen mit der Integration. Viele Migrantinnen und Migranten konnten bei uns eine neue Heimat finden und ein weltoffenes und kulturell vielfältiges Land mit prägen. Jetzt, in einer Zeit, in der so viele Menschen vor Krieg und Verfolgung fliehen, kann unser Land von seinen Integrationserfahrungen profitieren.

Aus dem Engagement zahlreicher Ehren- und Hauptamtlicher ist eine besondere Willkommenskultur entstanden. Wir wollen sie mit der Entwicklung von Willkommensstrukturen weiter unterstützen und fördern. Die jetzt notwendigen Investitionen sollen allen Menschen in NRW zugutekommen. Deshalb erörtern wir mit Fachleuten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung, Politik, Medien und Zivilgesellschaft die anstehenden Aufgaben: wohnortnaher Schulunterricht, Sprachkurse und die schnelle Einbindung in den Arbeitsmarkt, dezentraler Wohnraum, gemeinsame Freizeitgestaltung, bessere Chancen für mehr Teilhabe sowie den Abbau von Ressentiments und menschenfeindlicher Haltungen.

Wir freuen uns auf das Gespräch mit dem Politikwissenschaftler Aladin El Mafaalani, dem Islamwissenschaftler Mouhanad Khorchide, der islamischen Religionspädagogin Lamya Kaddor und dem Journalisten Daniel Bax sowie zahlreichen anderen. Wir würden uns freuen, wenn auch Sie Ihre Erfahrungen und Impulse zum Integrationsprozess in NRW beitragen könnten.

Anmeldungen bitte per Mail an gruener-kongress@landtag.nrw.de. Eine Einladung mit Programm und weiteren Informationen wird in Kürze verschickt.

Mit Grünen Grüßen
Sigrid Beer und Mehrdad Mostofizadeh

Theater-Spielplan Schauspielhaus Bergneustadt

Kölner Straße 273 · 51702 Bergneustadt · Tel./Fax: (02261) 47 03 89
www.schauspielhaus-bergneustadt.de · info@schauspielhaus-bergneustadt.de
Geöffnet: täglich 18.00 - 01.00 Uhr · Vorverkauf / TICKETSERVICE:
Tel.: 0221-2801 www.koelnticket.de | www.eventim.de

THEATER - SPIELPLAN

Programmübersicht unter:

file:///C:/Users/User/AppData/Local/Microsoft/Windows/INetCache/OLKE972/107_web.pdf

Weihnachten 24.-26.12. ist das Bistro tägl. ab 21.00 Uhr geöffnet

Demnächst:

31.12. 21.00 Uhr Silvesterbüfett – kleine und größere Überraschungen – Bitte vorbestellen (Büfett nur 11.-

27.12. 20.30 Uhr LAIA GENC (Köln) – Jahresabschlusskonzert - “Tête á tête” incl. Sekt und Kanapees

2016

8.01. 20.00 Uhr TOM DAUN (Solingen) – Harfenkonzert “On A Winter’s Day”

[9.01. 20.00 Uhr DIE LETZTEN 5 JAHRE – 8. Vorstellung](#)

[10.01. 18.00 Uhr DIE LETZTEN 5 JAHRE – 9. Vorstellung](#)

[15.01. 20.00 Uhr DIE LETZTEN 5 JAHRE – 10. Vorstellung \(Fr. 15.1.-nicht 18h, wie fälschlich im Spielplan steht\)](#)

17.01. 20.00 Uhr ANNA MATEUR & ANDREAS GUNDLACH “Mimikri”

21.01. 20.00 Uhr MATTHIAS JUNG “ Der Urlaubsschecker” Kabarett/Comedy

22.01. 20.30 Uhr ZEHP – Mundharmonika- Duo

[23.01. 20.00 Uhr DIE LETZTEN 5 JAHRE – 11. Vorstellung](#)

[24.01. 18.00 Uhr DIE LETZTEN 5 JAHRE – 12. Vorstellung](#)

[29.01. 20.00 Uhr DIE LETZTEN 5 JAHRE – 13. Vorstellung](#)

[30.01. 20.00 Uhr DIE LETZTEN 5 JAHRE – 14. Vorstellung](#)

31.01. 20.00 Uhr STRECKENBACH & KÖHLER (Coburg) – Musikcomedy/Opernparodie u.a.
“Hüften aus Gold”